

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

51. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 7 · 22. September 2020

Rechtsextremismus

Die Landesregierung hat den Landtag über rechtsextreme Vorkommnisse bei der NRW-Polizei unterrichtet. Es geht um Chatgruppen, in denen entsprechende Fotos und Texte verbreitet wurden. S. 3

Flüchtlingslager

Die Zustände im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos und mögliche Konsequenzen auch für das Land Nordrhein-Westfalen waren Thema einer Aktuellen Stunde im Landtag. S. 5

IT-Sicherheit

Der Landtag hat in einer weiteren Aktuellen Stunde über die IT-Sicherheit in Krankenhäusern debattiert. Anlass war ein Hackerangriff auf das Universitätsklinikum Düsseldorf. S. 6

Folgen von Corona

Die Folgen der Corona-Krise für Geringverdienende sowie Beschäftigte in der Gastronomie, Hotellerie und Veranstaltungsbranche waren ebenfalls Thema einer Aktuellen Stunde. S. 7

Freie Fahrt

Debatte um Dortmunder Hafen



INHALT



Foto: Pascal Frai / Dortmunder Hafen AG

Eine Frage der Erreichbarkeit

<u>Sachverständigenanhörung zum Dortmunder Hafen</u>	S. 9
<u>Standpunkte</u>	S. 10

Aus dem Plenum

Rechtsextreme

bei der Polizei..... S. 3

Meldungen

Moria, die Flüchtlinge

und die EU

Uniklinik im Notbetrieb

Folgen der Corona-Krise

Gesetzgebung

Aus den Fraktionen

Aus den Ausschüssen

Meldungen

Im Porträt

Dr. Stefan Nacke (CDU)

Kurz notiert

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jennifer Hüttenhölischer (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 18. September 2020, 12 Uhr

Titelfoto: Dortmunder Hafen AG

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Rechtsextreme bei der Polizei

Enttarnung von Chatgruppen alarmiert den Landtag

17. September 2020 – In einer kontroversen Debatte hat sich der Landtag mit Strategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus bei der Polizei befasst. Anlass war die Enttarnung von fünf rechtsextremen Chatgruppen, an denen 30 Polizistinnen und Polizisten beteiligt gewesen sein sollen.

In einer Unterrichtung sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU), dass die große Mehrheit der Polizeibeschäftigten in NRW „absolut integer“ sei. Extremisten hätten bei der Polizei „gar nichts zu suchen“. Reul schloss nicht aus, dass sich der Kreis der Verdächtigen ausweiten könnte. Es seien bei Razzien rund 100 elektronische Medien sichergestellt worden, darunter Handys, Laptops und USB-Sticks. Der Minister versicherte: „Wir werden das aufarbeiten, radikal und bis ins kleinste Detail.“ Als weitere Konsequenz kündigte er die Benennung eines Sonderbeauftragten zum Thema Rechtsextremismus bei der Polizei an. Dieser solle ein Lagebild und ein Handlungskonzept entwickeln.

Sven Wolf (SPD) sagte, die Zeit des Handelns sei schon lange gekommen. Anzeichen habe es genug gegeben. So habe seine Fraktion nach dem rechtsextremen Anschlag von Hanau einen Masterplan gegen Rechtsextremismus vorgelegt. Und noch vor Kurzem habe Minister Reul die Idee seiner Fraktion abgelehnt, die Stelle eines Extremismusbeauftragten einzurichten. Nun kündige er diese selbst an. Wolf forderte die Landesregierung auch auf, Druck auf den Bundesinnenminister auszuüben. Dieser müsse endlich eine unabhängige wissenschaftliche Studie zu Rechtsextremismus in den Sicherheitsbehörden in Auftrag geben.

Dr. Christos Katzidis (CDU) sagte, er sei „entsetzt und schockiert“ über die Vorkommnisse.

Benötigt würden Aufklärung und eine sachliche Debatte. Es bleibe abzuwarten, wie groß die Dimension rechtsextremistischer Einstellungen bei der Polizei sei. Jede Führungskraft solle Beschäftigte ermutigen, Verdachtsfälle zu melden. Es habe sich gezeigt, dass die Ermittlungsarbeit der Polizei funktioniere, da die aktuellen Fälle ans Tageslicht gekommen seien. Es sei „Tabula rasa“ gemacht worden. „Und es wird weitergemacht.“ 200 Beamtinnen und Beamte einer Sonderkommission hätten Aufklärungsarbeit geleistet.

„Frühwarnsystem“

Angesichts der vielen Fälle von Rassismus und Rechtsextremismus könne schon lange nicht mehr von Einzelfällen die Rede sein, sagte **Verena Schäffer** (Grüne). „Offenbar hat die Polizei ein strukturelles Problem.“ CDU und FDP hätten dies lange „reflexhaft“ zurückgewiesen. Wichtig sei, dass die im Frühjahr eingeführten Extremismusbeauftragten in den 50 Polizeibehörden des Landes nicht nur Hinweise auf offensichtlich rechtsextreme Bezüge sammelten, sondern auch „im Sinne eines Frühwarnsystems“ ansprechbar seien. Es brauche zudem mehr Studien zu antidemokratischen und verfassungsfeindlichen Einstellungen bei der Polizei.

Menschenverachtendes Gedankengut habe in der Gesellschaft, im öffentlichen Dienst und damit in der nordrhein-westfälischen Polizei „keinen Millimeter Platz“, sagte **Marc Lürbke** (FDP). Dies sei auch die Haltung und Grundüberzeugung „von über 99,9 Prozent“ der Polizistinnen und Polizisten im Land. Dass es innerhalb der nordrhein-westfälischen Polizei dennoch „einige Personen“ gebe, die demokratische und rechtsstaatliche Werte nicht teilen, müsse konsequent geahndet werden. Die Polizei müsse diesen Tendenzen aber auch von in-



Sven Wolf (SPD)



Dr. Christos Katzidis (CDU)



Verena Schäffer (Grüne)



Marc Lürbke (FDP)

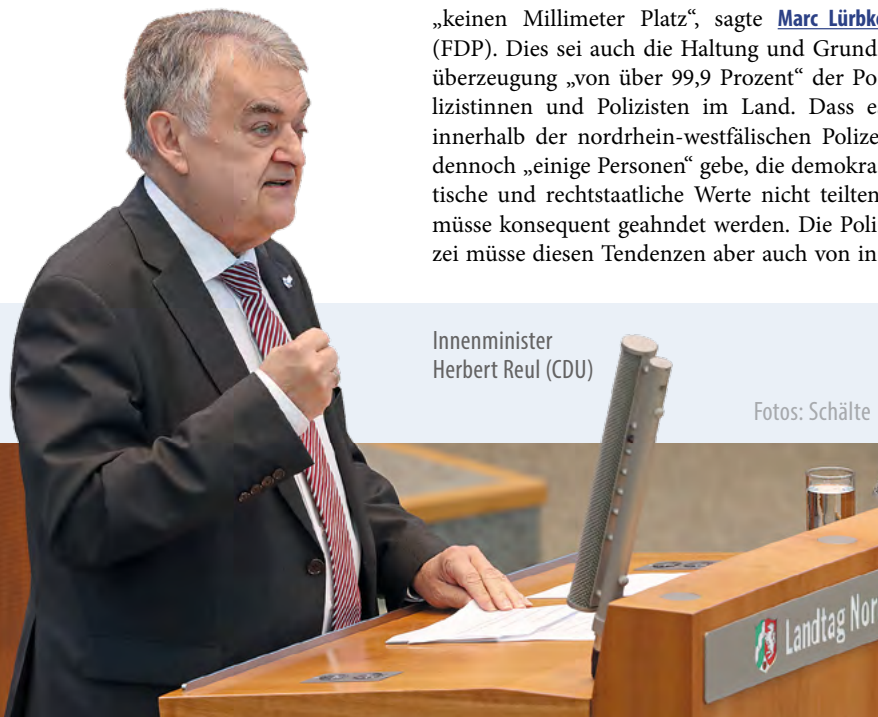


Markus Wagner (AfD)

nen heraus entgetreten, sagte Lürbke. Falsch verstandenen Korpsgeist gelte es „unbedingt zu durchbrechen“.

AfD-Fraktionschef **Markus Wagner** sprach von „42.000 anständigen und guten“ Polizistinnen und Polizisten. Diejenigen, die in einer „völlig bescheuerten WhatsApp-Gruppe“ gechattet hätten, seien nicht repräsentativ. Die Inhalte seien widerlich, verfassungs- und menschenfeindlich. „Wer so etwas postet, kann nicht ganz dicht sein.“ Man müsse aber auch sehen, wie es zu solchen radikalen Auswüchsen komme könne, sagte Wagner. Er berichtete von „Frustrations- und Enttäuschungserlebnissen“ im Dienst. Dies dürfe aber keine Entschuldigung oder Begründung für menschenverachtende Entgleisungen sein.

wib, tob, zab



Innenminister
Herbert Reul (CDU)

Fotos: Schälte



Kinderschutz

16.9.2020 – Die Abgeordneten haben über zwei Anträge der Fraktionen von CDU und FDP zur Bekämpfung von sexueller Gewalt gegen Kinder debattiert. Ein Antrag ([17/10737](#)) betrifft Änderungen im Strafprozessrecht. Die Landesregierung habe dazu bereits einen Gesetzentwurf im Bundesrat eingebracht. Auch die Bundesjustizministerin habe erste Eckpunkte für ein Reformpaket vorgelegt. Demnach sollen nicht nur schwere Fälle, sondern es solle bereits der „Grundtatbestand“ der sexualisierten Gewalt an Kindern als Verbrechen geahndet werden. Gleiches gelte für die Verbreitung und den Besitz von Darstellungen der sexualisierten Gewalt an Kindern. Die „NRW-Koalition“ begrüße diesen Schritt, er müsse aber „verfahrensrechtlich deutlich besser abgesichert“ werden. Zudem brauche es eine Anpassung des Haftrechts mit Blick auf Wiederholungstäter. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und AfD angenommen bei Enthaltung der Grünen. Im zweiten Antrag ([17/10796](#)) fordern die Koalitionsfraktionen, die Einfuhr, den Handel und den Besitz von Kinder-Sexpuppen zu stoppen. Es sei erschreckend, dass „das sogenannte Sexspielzeug Kinder-Sexpuppe, an dem Erwachsene ihre perversen sexuellen Praktiken ausleben können, in Deutschland frei verkäuflich ist“. Die „Kinderattrappen“ ermöglichen potenziellen Tätern, „den Missbrauch an Kindern einzuüben“. Der Bund sei gefordert, „unverzüglich gesetzgeberisch tätig zu werden“. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Petitionen

16.9.2020 – Beim Landtag sind in den ersten sechs Monaten dieses Jahres rund 3.700 Petitionen von Bürgerinnen und Bürgern eingereicht worden, die sich von einer staatlichen Stelle ungerecht behandelt fühlen. Das waren rund 1.000 mehr als im zweiten Halbjahr 2019 (rund 2.700). Erledigt wurden im ersten Halbjahr

2020 rund 3.000 Petitionen. In fast 31 Prozent der Fälle gab es für die Petentinnen und Petenten ein positives Ergebnis. Mit fast 26 Prozent betrafen die meisten der Petitionen das Ausländerrecht, gefolgt von „Bauen/Wohnen/Verkehr/Umwelt“ (rund 22 Prozent) sowie „Soziales“ (rund 21 Prozent). Der Vorsitzende des Petitionsausschusses, [Serdar Yüksel](#) (SPD), betonte bei der Vorstellung des Berichts im Landtag: „Die Steigerung der Eingangszahlen zeigt, dass das Instrument der Petition in der heutigen Zeit nicht an Bedeutung verloren, sondern gewonnen hat.“

Schulgipfel

17.9.2020 – Die Fraktionen von SPD und Grünen fordern die Einberufung eines Schulgipfels. Bei einer Sitzung des Schulausschusses des Städtetages NRW sei „großer Unmut“ über die aktuelle Situation an Bildungseinrichtungen geäußert worden, schreiben die Fraktionen in einem entsprechenden Antrag ([17/10841](#)). Die Kritik betreffe vor allem die Entscheidung der Landesregierung für den Präsenzunterricht „im sogenannten Regelbetrieb“ sowie die Umsetzung des digitalen Lernens und Lehrens. Bei der Digitalisierung zeige sich, dass bestehende Regelungen neu strukturiert werden müssten. Die Landesregierung solle in den kommenden Wochen einen Schulgipfel einberufen, bei dem das Parlament, die Kommunalen Spitzenverbände sowie Lehrer-, Schüler- und Elternverbände vertreten seien. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt.

Berufskollegs

17.9.2020 – Die Abgeordneten haben über die Große Anfrage „Grundlagen für die Weiterentwicklung der Berufskollegs in NRW“ ([17/8874](#)) der Fraktionen von SPD und Grünen sowie die Antwort der Landesregierung ([17/10696](#)) diskutiert. Die Wurzeln des modernen Berufskollegs lägen in der Neuordnung des berufsbildenden

Schulwesens 1997 und dem Berufskolleggesetz, schreiben die Fraktionen. Seitdem habe sich die Arbeit fortwährend entwickelt und müsse sich auch weiter verändern. Die komplexe Struktur der Berufskollegs aus einer Vielzahl von Zugangsberechtigungen, Bildungsgängen und Abschlüssen stelle eine Herausforderung dar. In ihrer 124-seitigen Antwort auf 81 Fragen gibt die Landesregierung u. a. Auskunft über die Unterrichtsversorgung, Weiterqualifizierung von Lehrkräften, den Stellenbedarf, das System der Berufsausbildung und unterschiedliche Bildungsabschlüsse an Berufskollegs.

Wölfe

17.9.2020 – „Der Wolf stellt eine Gefahr für Menschen und Tiere dar – Landesregierung muss endlich handeln und das Wolfsmanagement revidieren“, fordert die AfD-Fraktion in einem Antrag ([17/10855](#)), mit dem sich der Landtag befasst hat. Der Wolf sei gegenwärtig das größte freilebende Raubtier in Deutschland, stehe in vielen Ländern Europas jedoch unter Artenschutz. Nach Angaben des Deutschen Jagdverbands lebten bundesweit rund 1.300 Wölfe. Die Zahl der durch sie getöteten Tiere sei von 2.067 im Jahr 2018 auf 2.894 im Folgejahr gestiegen. Besonders Schäfer hätten unter „räuberischen Wölfen“ zu leiden. Sogenannte Problemwölfe würden ihre Jagdtechniken weitergeben. „Aber der kluge Wolf lernt auch noch andere Dinge – etwa, dass er nicht bejagt wird, der Mensch für ihn keine Gefahr darstellt und er praktisch Narrenfreiheit genießt.“ Die Landesregierung solle daher u. a. die Kategorisierung von „bedrohten Arten“ kritisch prüfen, den Wolf in den Wildartenkatalog des Landesjagdgesetzes aufnehmen, den Abschuss von „Problemwölfen“ erleichtern und darauf hinwirken, dass der Wolf „seinen europaweiten Schutzstatus verliert“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.

Moria, die Flüchtlinge und die EU

Aktuelle Stunde zur Situation der Menschen auf Lesbos

16. September 2020 – Das Schicksal der Flüchtlinge auf der griechischen Insel Lesbos hat die europäische Debatte um die Migrationspolitik neu aufleben lassen. In einer Aktuellen Stunde debattierte der Landtag über Hilfe für die mehr als 12.000 Menschen, die bei dem Brand des Lagers Moria ihre Unterkunft verloren hatten.

Fotos: Schälte



Monika Düker (Grüne)

Gabriele Walger-Demolsky (AfD)

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD)

Heike Wermer (CDU)

Stefan Lenzen (FDP)

Integrationsminister
Dr. Joachim Stamp (FDP)

Grünen-Fraktionschefin **Monika Düker** sagte, das Flüchtlingslager Moria sei das Symbol einer „fehlgeleiteten“ europäischen Politik gewesen, die bewusst auf Abschreckung gesetzt habe. Sie sprach von „unhaltbaren“ Zuständen und einer „Schande für Europa“. Es könne nicht sein, dass nach dem Brand neue Lager gebaut würden mit denselben Problemen. Düker forderte ein „mutiges Vorangehen“ Deutschlands bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Dies werde eine europäische Lösung nicht behindern. Die am Vortag von Union und SPD auf Bundesebene beschlossene Aufnahme von weiteren rund 1.500 Menschen sei „ein humanitäres Feigenblatt“.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD) kritisierte dagegen einen „Überbietungswettbewerb“ um die höchsten Aufnahmezahlen. Eine „Massenevakuierung“ von Flüchtlingen werde das Problem aber nicht lösen. In der EU „schreie“ Deutschland wieder am lautesten und die anderen Länder würden sich zurückziehen, sich um ihre eigenen sozialen Probleme kümmern und über den deutschen Alleingang lachen. Eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik werde es nicht geben. Die AfD-Politikerin sprach mit Blick auf den Brand des Lagers zugleich von „kriminellen Aktionen“ und „schweren Straftaten“. Nicht zum ersten Mal sei in dem Lager Feuer gelegt worden.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD) sprach von einer „humanitären Katastrophe auf Moria“. 13.000 Menschen hätten über Jahre hinweg in einem

Flüchtlingslager gelebt, das für 3.000 angelegt worden sei. Nach dem Brand des Lagers seien sie obdachlos geworden, es fehle an allem. Dass Deutschland rund 1.500 Menschen aufnehmen wolle, sei gut, aber: „Wir können mehr.“ Mindestens 5.000 könnten es sein, wenn die von Städten und Ländern angebotene Hilfe angenommen würde, sagte Kapteinat. Schon vor Monaten hätten sich Länder und Kommunen, darunter allein 44 aus Nordrhein-Westfalen, zu „sicheren Häfen“ erklärt.

„Europäische Lösung“

Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) und Integrationsminister Dr. Joachim Stamp (FDP) hätten sich in den vergangenen Wochen und Monaten „beherzt für eine Verbesserung vor Ort“ sowie einen „starken Beitrag Deutschlands hinsichtlich einer europäischen Lösung“ ausgesprochen, sagte **Heike Wermer** (CDU). Dies zeige: „Nordrhein-Westfalen will helfen. Hier versteckt sich keiner.“ Moria sei ein „europäisches Problem“, das auch nur auf europäischer Ebene gelöst werden könne. Die „NRW-Koalition“ unterstütze den „Kurs von Humanität und Ordnung“. Schnelle humanitäre Hilfe sei richtig. Alleingänge lösten das Problem aber nicht.

Die Katastrophe in Moria sei absehbar gewesen, sagte **Stefan Lenzen** (FDP). Die Zustände seien eine „Schande für die Europäische Union“.

Aus humanitären Gründen müsse Soforthilfe geleistet werden. Viele Menschen in Moria hätten einen anerkannten Schutzstatus. Das Land NRW habe sich bereiterklärt, 1.000 schutzbedürftige Personen aufzunehmen. „Aber es muss die Ordnung die Regel bleiben.“ Es brauche menschenwürdige Zustände in Moria, ein „tragfähiges europäisches Asylsystem, wo jeder Verantwortung übernimmt“ und eine gemeinsame Sicherung der EU-Außengrenzen, „um die ungesteuerte Migration zu verhindern“.

In Moria zeige sich ein „humanitäres Desaster“, sagte Integrationsminister **Dr. Joachim Stamp** (FDP). Soforthilfe sei gefordert, wie sie etwa der Verein „Solingen hilft“ zur medizinischen Versorgung leiste. Trotz des Angebots des Landes Nordrhein-Westfalen an den Bund, 1.000 schutzbedürftige Personen aufzunehmen, gelte: „Wir werden die Flüchtlingspolitik in Deutschland nicht kommunalisieren können und wir werden sie auch nicht regionalisieren können.“ Nötig sei eine europäische Lösung, um Ansprüche von „Humanität und Ordnung“ zusammenzubringen. Von der Bundesregierung gingen zu wenige Impulse aus. *wib, zab, tob*

Der Debatte lagen zwei Anträge der Fraktion der Grünen ([17/19954](#)) und der AfD ([17/10955](#)) sowie ein Eilantrag der SPD-Fraktion ([17/10956](#)) zugrunde. Der Eilantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die SPD und Grünen stimmten dafür.

Notbetrieb nach Hackerangriff

Aktuelle Stunde zur Uniklinik Düsseldorf

17. September 2020 – Nach einem Hackerangriff auf das Computersystem musste die Uniklinik Düsseldorf Operationen verschieben sowie Patientinnen und Patienten abweisen. Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde mit dem Fall befasst – und den Blick dabei auch auf die Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen gerichtet.

Dietmar Bell (SPD) nannte den IT-Ausfall an der Uniklinik einen „dramatischen Fall“. Die Kliniken stünden insgesamt vor großen Herausforderungen, die notwendigen Sicherheitsstrukturen ihrer Informationstechnik aufzubauen. Dies sei aber nicht allein eine Frage des Geldes. So gebe es bereits „erhebliche Anstrengungen“ in diesem Bereich. Entscheidend sei, ob das Geld richtig adressiert werde. Bell kündigte weitere Diskussionen in den Fachausschüssen des Landtags zur Umsetzung der IT-Strategien an. Es werde ein intensiverer Schutz benötigt. Solche Vorfälle dürften sich in Landeseinrichtungen nicht wiederholen.

Rainer Matheisen (FDP) dankte den Beschäftigten am Uniklinikum, die derzeit unter schwierigen Bedingungen arbeiteten. Der FDP-Politiker erinnerte an den IT-Ausfall an einem Neusser Krankenhaus vor vier Jahren. Dieser Vorfall sei nicht folgenlos geblieben. Das Land habe mehr Investitionsmittel zur Verfügung gestellt, auch für die Sicherheit der Informationstechnik. Diesen Weg werde man weitergehen. Es handle sich dabei um eine langfristige Aufgabe. Matheisen betonte, dass Vorfälle wie der an der Uniklinik nie ganz ausgeschlossen werden könnten. Wenn man aus diesem Fall lerne, sei aber viel gewonnen.

„Zu wenig Geld im System“

Klinik und Sicherheitsbehörden arbeiteten mit Hochdruck daran, die Folgen des Angriffs zu bekämpfen, sagte **Matthi Bolte-Richter** (Grüne). Seit einiger Zeit komme es vermehrt zu Cyberangriffen auf öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser und Universitäten. Bolte-Richter sprach von einem „Rüstungswettlauf zwischen Angreifern und Verteidigern“. Ziel sei es, die Angriffe bestmöglich abzuwehren. In den vergangenen Jahren sei auf diesem Gebiet aber zu wenig getan worden. Es sei „zu wenig Geld im System“, zudem fehle es an Vernetzungen der Akteurinnen und Akteure sowie an der erforderlichen Koordination.

Wissenschaftsministerin **Isabel Pfeiffer-Poensgen** (parteilos) wies die Vorwürfe Bolte-Richters zurück. Sie nannte den Vorfall „sehr besorgniserregend“. Es gebe jedoch keine Anhaltspunkte, dass an der Klinik Sicherheitsstandards verletzt worden seien. Einem Bericht der Staatsanwaltschaft zufolge sei offenbar auch nicht die Uniklinik Ziel des Hackerangriffs gewesen, sondern die Heinrich-Heine-Universität. Als die Täter von der Polizei erfahren hätten, dass Patientinnen und Patienten gefährdet seien, hätten sie von einem Erpressungsversuch Abstand genommen und einen „Schlüssel“ zur Wiederherstellung der Daten zur Verfügung gestellt.

tab, wib, zab

Foto: Schälte

Der Debatte lag ein Antrag ([17/10957](#)) der AfD-Fraktion zugrunde. Demnach habe sich die Uniklinik Düsseldorf gezwungen gesehen, sich für Notaufnahmen beim Rettungsdienst abzumelden und Operationen zu verschieben. In einem Erpresserbrief solle eine Zahlung von 100 Bitcoins (rund 875.000 Euro) verlangt worden sein. In der Vergangenheit seien mehrere Krankenhäuser in Deutschland von Cyberkriminellen angegriffen worden.

Es gebe den „begründeten Verdacht“, dass ein gezielter Cyberangriff die Uniklinik Düsseldorf faktisch stillgelegt habe, sagte **Dr. Martin Vincentz** (AfD). Ähnliche Fälle habe es in Neuss und Gießen gegeben. Laut einer Studie des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik bestünden „erhebliche Mängel“ in der IT-Sicherheit von Krankenhäusern. Mit fortschreitender Digitalisierung sei mit einer Verschärfung des Problems zu rechnen. Zwar

wolle der Bund solche Einrichtungen stärker fördern, die der kritischen Infrastruktur zuzurechnen seien, rund 90 Prozent der Häuser in Deutschland würden davon allerdings nicht profitieren.

Es stehe der Verdacht der Computersabotage im Raum, sagte **Florian Braun** (CDU). Da es sich um ein laufendes Ermittlungsverfahren handle, verböten sich aber Mutmaßungen und Spekulationen. Die Landesregierung habe viel für die Stärkung des Gesundheitswesens getan und im August ein Sonderinvestitionsprogramm aufgelegt, das Krankenhäuser mit 750 Millionen Euro und Unikliniken mit 1 Milliarde Euro fördere. Hinzu kämen 2 Millionen Euro jährlich für die IT-Infrastruktur an Unikliniken. Die Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) des Landes NRW sei „gut gerüstet“, um die Aufklärung und Strafverfolgung voranzutreiben.

Folgen der Corona-Krise

Debatte zur Situation bei Geringverdienern und betroffenen Branchen

18. September 2020 – Die Folgen der Corona-Pandemie für Menschen mit geringem Einkommen, aber auch für ganze Branchen wie Gastronomie, Hotellerie und Veranstaltungsgewerbe standen im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Die Fraktionen von SPD sowie von CDU und FDP hatten die Debatte beantragt.

Gut ausgebildete Fachkräfte seien von der Corona-Krise kaum, geringer Qualifizierte dagegen sehr hart getroffen, heißt es im Antrag der SPD-Fraktion (17/10958). Sie schreibt: „Bereits vor der Corona-Krise besaßen 10 Prozent der Haushalte 65 Prozent der Nettovermögen. Die Kluft zwischen den Vermögen ist nicht erst durch Corona entstanden. Jedoch verschärft Corona gerade diese Entwicklung.“ Frauen seien besonders betroffen.

Die Hotellerie zählt zu den von der Corona-Pandemie am meisten betroffenen Branchen.

Foto: Schälte

Die Fraktionen von CDU und FDP widmen sich in ihrem Antrag (17/10959) u. a. den coronabedingten Problemen im Gastgewerbe und in der Veranstaltungsbranche. Nach Angaben des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes seien die Umsätze in der Branche seit 1. März 2020 um durchschnittlich 62 Prozent zurückgegangen. Es seien Konzepte erforderlich, um auch im Herbst und Winter einen wirtschaftlichen Betrieb zu ermöglichen.

„Applaus verklungen“

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** erinnerte an die Plenarsitzung vom 24. März 2020.

Damals habe man all jenen applaudiert, die die Versorgung im Land aufrechterhalten hätten. Der Applaus sei längst verklungen. Eine Verkäuferin verdiene im Schnitt 1.890 Euro brutto monatlich. Habe sie Kinder, müsse sie Hartz IV beantragen, um über die Runden zu kommen – „eine Frau, die sich in den Sturm gestellt hat, als viele von uns im Homeoffice in Deckung gegangen sind“. Kutschaty forderte u. a. eine Erhöhung des Mindestlohns sowie eine „große Steuer- und Abgabenreform“.

Die SPD-Fraktion habe in ihrem Antrag „alle alten Ideen der linken Sozialdemokratie in einen Topf geworfen“ und beschwöre eine „immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich“ herauf, entgegnete **Marco Schmitz** (CDU). Die „NRW-Koalition“ dagegen halte „keine Sonntagsreden“, sondern setze „konkrete Maßnahmen zur Abfederung der Härten der Pandemie“ um – zum Beispiel, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schnell und effizient zu helfen. Dadurch sei ein „wesentlicher Stabilisierungserfolg“ gelungen. Schmitz erinnerte zudem an die Hilfen des Bundes.

Ralph Bombis (FDP) verwies auf den 25 Milliarden Euro starken NRW-Rettungsschirm. Dennoch könne kein Betrieb auf Dauer von

Staatshilfen leben. Unternehmen der Hotellerie und die Gastronomie sollten ihren Betrieb auch im Winter „so normal wie möglich“ führen können. Innovative Luftpartikelfilter könnten dabei helfen. Mit ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde versuche die SPD-Fraktion, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben. Man müsse aber „solidarisch zusammenstehen“, denn alle Menschen in Nordrhein-Westfalen seien von der Corona-Krise betroffen.

Die Landesregierung habe viel zu lange nach dem Motto „Frauen und Kinder zuletzt“ gehandelt, kritisierte **Josefine Paul** (Grüne). Sie agiere als „Krisenmanager mit beschränkter Haftung“ und lasse Familien, Kommunen und Träger im Regen stehen. Die Krise habe gesellschaftliche Ungleichheiten wie unter einem Brennglas gezeigt. Es müsse mehr getan werden für ältere Menschen, für Kinder und Familien, aber auch für die Gastronomie sowie für Schausteller und Kulturschaffende, die über Monate hätten „betteln“ müssen, um Gehör bei der Landesregierung zu finden.

„Neue Techniken“

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hätten das Land in eine Rezession geschickt, die ihresgleichen suche, sagte **Dr. Martin Vincenz** (AfD). Eine ganze Generation werde wahrscheinlich für die Schäden zahlen müssen. Es stelle sich die Frage, ob richtig abgewogen und ob unter Umständen mehr geschadet als geholfen worden sei. So gebe es keine so hohe Mortalität durch das Virus wie zunächst angenommen. Nach zunächst maßvollen Einschätzungen zur Pandemie hätten insbesondere die Bilder aus Italien und Spanien zu Panik geführt.

Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP) entgegnete, dass Landesregierung und Koalition seit Monaten sehr erfolgreich arbeiteten. Für eine Schlussbilanz sei es zu früh. Nach jetzigem Stand zeigten die wesentlichen Indikatoren aber, dass NRW besser durch die Krise gekommen sei als der Rest Deutschlands. Bei den besonders betroffenen Branchen wie den Schaustellern oder dem Hotel- und Gaststättengewerbe arbeite man daran, dass diese wieder ihre Arbeit aufnehmen beziehungsweise ausweiten könnten. Dabei setze man auch auf neue Techniken.

zab, tob, wib





GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Erweiterung von Auskunftsrechten auf Mitglieder der Medienkommission gegenüber der Landesanstalt für Medien (Auskunftsrechte-Erweiterungsgesetz Medienkommission NRW) | [17/10856](#) | AfD | 1. Lesung am 16. September 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien

Gesetz hinsichtlich weiterer Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie im Hochschulbereich | [17/10919](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 16. September 2020 | Überweisung an den Wissenschaftsausschuss

Gesetz über die Gewährung von Wertschätzungsprämien und die Stiftung von Ehrenzeichen im Brand- und Katastrophenschutz (Prämien- und Ehrenzeichengesetz – PrÄEG) – Wertschätzung für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte! | [17/10857](#) | AfD | 1. Lesung am 17. September 2020 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften | [17/9829](#) und [17/10912](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 17. September 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW | [17/8298](#) | Grüne | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts | [17/9942](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz über die Ausbildungsvergütung für Auszubildende in der einjährigen Ausbildung zur generalistisch ausgebildeten Pflegefachassistentin und zum generalistisch ausgebildeten Pflegefachassistenten in Nordrhein-Westfalen (Pflegefachassistenten-Ausbildungsvergütungsgesetz – Pffachass-AvG) | [17/10652](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/9801](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes | [17/9787](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 für das Land Nordrhein-Westfalen (Zensusgesetz 2021-Ausführungsgesetz NRW – ZensG 2021 AG NRW) | [17/8762](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | [17/8722](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur stärkeren Verankerung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Arbeit des Westdeutschen Rundfunks (FDGO-WDR-Gesetz) | [17/8417](#) (Neudruck) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern | [17/7753](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Tor zum Hafen: Im Schleusenpark Waltrop ist nur noch die Schleuse Henrichenburg aktiv.

Foto: WSA Duisburg-Meiderich

Der Dortmunder Hafen sei der „verkehrstechnisch wichtigste Standort im Osten des Ruhrgebiets, der über Wasser, Schienen und Straßen mit dem gesamten europäischen Verkehrssystem verbunden und somit von internationaler Bedeutung ist“, schreibt die SPD-Fraktion in ihrem Antrag (17/8782), der der Anhörung zugrunde lag. Abhängig sei der Hafen „von der uneingeschränkten Funktionsfähigkeit“ der rund 20 Kilometer entfernten Schleuse Henrichenburg in Waltrop, die Binnenschiffer passieren müssen, um den Hafen zu erreichen.

Die Schleuse werde seit 2005 nur noch mit einer Kammer betrieben, die teils über Wochen gesperrt sei. Dies sei „ein weiterer Beleg für den schlechten Zustand des westdeutschen Kanalnetzes“. Die Landesregierung müsse im Bund u. a. darauf hinwirken, dass Sanierungsarbeiten der Schleuse „möglichst komprimiert erfolgen und möglichst zeitnah abgeschlossen werden“. Zugleich müsse der Bau einer zweiten Schleuse vorangetrieben werden.

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit werde der Dortmunder Hafen „durch unterlassene Gegenmaßnahmen des Bundesverkehrsministeriums regelmäßig von der Bundeswasserstraße abgeschnitten“, stellte Uwe Büscher, Vorstand der Dortmunder Hafen AG, in seiner Stellungnahme fest. Im Jahr 2018 sei der Hafen an 29 Tagen nicht oder nur eingeschränkt erreichbar gewesen. Im Folgejahr habe dies für 65 Tage gegolten. Den Hafen in Abhängigkeit von einer einzelnen, störanfälligen Schleuse zu halten, könne als „staatlicher Eingriff in den Markt in Form einer Wettbewerbsverzerrung“ betrachtet werden.

Zweite Schleuse

Es bestehe „massiver Handlungsbedarf“, stellt der Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt fest. Nötig sei der Bau einer zweiten Schleuse, damit der Hafen zuverlässig zu erreichen sei. Laut Stellungnahme des Vereins „Dortmunder Hafenanlieger“ würde ein Neubau für eine „erhebliche Erleichterung“ bei Sperrungen zuvor beträchtliche Umsatzeinbußen gehabt hätten.

Die Europäische Vereinigung der Binnenschiffer verwies in ihrer Stellungnahme darauf, dass alle am Main gelegenen Schleusen jedes Jahr für rund vier Wochen gesperrt würden und betroffene Häfen in dieser Zeit nicht erreichbar seien, was der „dauerhaften Funktionalität“ der Schleusen diene. Ein solches System sei auch andernorts umsetzbar. Ob das wirtschaftliche Aufkommen des Dortmunder Hafens letztlich



SCHWERPUNKT

Eine Frage der Erreichbarkeit

Sachverständigenanhörung zum Dortmunder Hafen

2. September 2020 – Der Dortmunder Hafen ist mit rund 5.000 Mitarbeitenden und 160 Unternehmen der größte Kanalhafen Europas. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, brauche der Hafen u. a. eine zweite Schleuse, fordert die SPD-Fraktion. In einer Anhörung im Verkehrsausschuss äußerten sich Sachverständige zu diesem Vorschlag.

den Bau einer zweiten Schleusenkammer rechtefertige, könnten nur das zuständige Bundesministerium sowie die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) des Bundes beurteilen.

Die GDWS sprach sich in der Anhörung allerdings gegen den geforderten Neubau aus. Wesentlich für die Begründung sei „die gesamtwirtschaftliche Bewertung nach der Methodik der Bundesverkehrswegeplanung“. Aufgrund des „aktuellen und prognostizierten Verkehrsaufkommens“ lasse sich der Bau einer zweiten Schleuse für den Dortmunder Hafen „volkswirtschaftlich nicht darstellen“. Die vorhandene Schleuse sei erst 1989 in Betrieb genommen worden und vergleichsweise jung. Die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit sei „längst nicht erreicht“. Ein Ersatzbauwerk sei „nicht erforderlich“.

Die „üblichen Nutzen-Kostenfaktoren“ dürften nicht zum „K.O.-Kriterium“ werden, kritisierte die Industrie- und Handelskammer zu Dortmund. „Die Sperrungen des Dortmunder Hafens – teilweise ohne Ankündigung – haben das Vertrauen der Hafenbetriebe und der indirekten Kunden belastet.“ Der Bund müsse

den Bau einer zweiten Schleuse in seine nächste Bedarfsplanüberprüfung aufnehmen.

Der Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen schlug als „schnell wirkendes Mittel“ vor, die zuständige Bundesbehörde und der Dortmunder Hafen sollten eine Vereinbarung treffen, die die „bestmögliche Erreichbarkeit des Hafens und eine zeitlich komprimierte und optimierte Umsetzung von Instandsetzungsmaßnahmen garantiert“. Zu begrüßen sei „jedwede Initiative, die dazu geeignet ist, den Sanierungstau im westdeutschen Kanalnetz zu beheben“.

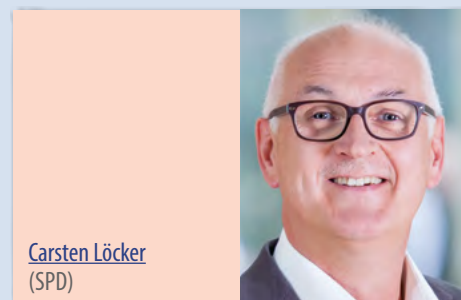
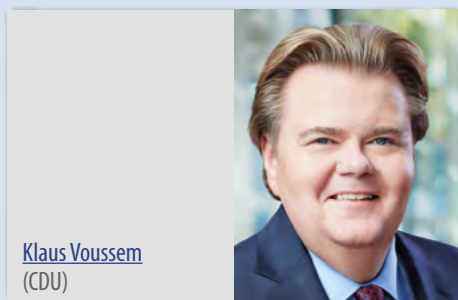
Es sei unstrittig, dass die Schleuse Henrichenburg und das NRW-Wasserstraßennetz ertüchtigt werden müssten, schreibt der Verband der Chemischen Industrie NRW in seiner Stellungnahme. Mit fraktionsübergreifenden Anstrengungen im Landtag NRW seien im Jahr 2019 große Erfolge erzielt worden, „die Aufmerksamkeit der zuständigen Bundesakteure auf das volkswirtschaftlich besonders bedeutsame westdeutsche Wasserstraßennetz zu lenken“. tob

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Dortmunder Hafen“



Die Binnenschifffahrt ...

... erfüllt eine Schlüsselfunktion im verkehrspolitischen Ansatz der CDU-Landtagsfraktion. Denn Binnenschifffahrt besitzt ein enormes logistisches und ressourcensparendes Potential. Ein Binnenschiff alleine ersetzt beispielsweise 105 20-Tonnen-LKW. Wenn wir Straßen und Autobahnen staufreier gestalten wollen, ist die Binnenschifffahrt ein wertvolles Instrument, welches unser volles Engagement verdient.

... in Nordrhein Westfalen ist ein schlafender Riese. Kein anderer Verkehrsträger hat derartige Kapazitätsreserven für die Beförderung von Gütern. Deshalb ist die Stärkung der Verkehre auf unseren Binnenwasserstraßen volkswirtschaftlich und umweltpolitisch dringend geboten. Auch, um unsere Straßen vom weiter wachsenden Güterverkehr zu entlasten.

Der Dortmunder Hafen ...

... ist für die vielen Unternehmen in und um Dortmund ein wesentlicher Standortvorteil. Der Hafen verbindet Dortmund nicht nur mit dem größten Binnenhafen Europas, dem Duisburger Hafen, sondern auch mit den Häfen an der Nordsee. So ist der Dortmunder Hafen eine zentrale Logistikkreuzung für das Ruhrgebiet und Westfalen, von dem zahlreiche Arbeitsplätze abhängen.

... ist der größte Kanalhafen Europas. Er hat somit verkehrspolitische Bedeutung weit über die Stadt Dortmund hinaus. Der Hafen ist Warendrehscheibe für das gesamte Ruhrgebiet, die angrenzenden Regionen sowie die niederländischen und belgischen Seehäfen Zeebrügge, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam (ZARA-Häfen). Hinzu kommen die deutschen Seehäfen wie beispielsweise Wilhelmshaven.

Die Schleuse Henrichenburg ...

... hat in der vergangenen Legislaturperiode und während der Zeit der rot-grünen Landesregierung nicht die Aufmerksamkeit bekommen, die sie verdient hätte. Das Potential wurde verkannt. Das Resultat ist ein Sanierungsstau mit längst überfälligen Reparaturen. Die schwarzgelbe Landesregierung setzt sich nun erfolgreich dafür ein, diesen Stau in Kooperation mit der Bundesregierung anzugehen.

... ist das Nadelöhr des Dortmunder Hafens. Wenn die störanfällige Einkammer-Schleuse wegen Schäden und Reparaturen gesperrt ist, ist der Hafen nicht mehr erreichbar. Das war zum Beispiel im Jahr 2013 an 109 Tagen der Fall. Deshalb ist der Bau einer zweiten Schleusenammer notwendig, um die Erreichbarkeit des Hafens zu verbessern und die Binnenschifffahrt in NRW zu stärken.

Eine zweite Schleuse ...

... wäre eine langwierige und kostenintensive Baumaßnahme. Zudem wäre eine Kosten-Nutzen-Abwägung rein spekulativ. Denn obwohl Sanierungsarbeiten ausstehen, ist die Auslastungsgrenze der bestehenden Schleuse nicht erreicht. Der Bau einer zweiten Schleuse wäre also der bekannte zweite Schritt vor dem ersten Schritt.

... bedeutet eine nachhaltige Stärkung der Binnenschifffahrt in NRW. Deshalb muss sich die Landesregierung beim Bundesverkehrsminister dafür einsetzen. Die richtige politische Zielrichtung der Bundesregierung zur Stärkung der Binnenschifffahrt – Stichwort „Masterplan Binnenschifffahrt“ – muss auch mit konkreten Maßnahmen umgesetzt werden. Lippenbekenntnisse reichen nicht.



... ist für NRW essentiell: 30 % der Güter werden durch diesen ökologisch sinnvollen Verkehrsträger transportiert. Für Branchen wie Chemie, Stahl, Baustoffe aber auch die Lebensmittelindustrie ist die Wasserstraße nicht zu ersetzen. Dies gilt es zu sichern und weiter auszubauen zur Realisierung von Verkehrsverlagerung auf die Wasserwege in NRW.

... ist unser größter Kanalhafen. Rund 160 Unternehmen ankern hier und generieren rund 5.000 Arbeitsplätze. Darum müssen wir nicht nur die großen Häfen am Rhein, sondern auch die Kanalhäfen politisch systematisch unterstützen.

... stellt das Nadelöhr im Zulauf zum Dortmunder Hafen dar. Ausfälle wegen Störanfälligkeit, mangelnde Information und schleppende Instandsetzung sind nicht mehr hinnehmbar. Der Druck auf die Bundeswasserstraßenverwaltung muss aus NRW erhöht werden.

... für Henrichenburg ist eine sinnvolle Zukunftsvision. Dazu bedarf es vieler gemeinsamer Anstrengungen und einer Zwischenlösung. Hier muss die WSV liefern. Als Parlament können wir das insbesondere über die Parlamentarische Gruppe Binnenschiff treiben. Im vergangenen Jahr hat der Landtag bereits einen umfassenden Antrag zur Binnenschifffahrt fraktionsübergreifend beschlossen, der nun kontinuierlich abgearbeitet werden muss.

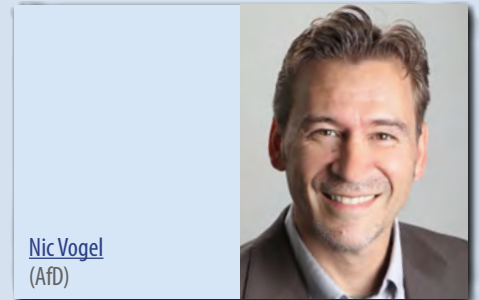


... ist unverzichtbarer Bestandteil der Verkehrswende, um Güter zukünftig klimaschonender transportieren zu können. Dazu muss sowohl die Infrastruktur der Wasserstraßen wie Kanäle, Schleusen und Häfen saniert und ausgebaut werden, als auch an Land die Verladung von Gütern auf die Schiene (kombinierte Verkehre) gestärkt werden.

... ist Europas größter Kanalhafen und immens wichtig für die Wirtschaft und vor allem die chemische Industrie. Mehr Containertransporte können zukünftig den Rückgang beim Transport von Schüttgütern wie z.B. Kohle kompensieren, wenn dafür die Brücken an den Kanälen unter Wahrung des Denkmalschutzes angehoben werden.

... ist leider bislang der einzige Zugang zum Dortmunder Hafen und in schlechtem baulichen Zustand. Die monatelangen und zum Teil sehr kurzfristig angeordneten Schließzeiten zur Sanierung der Schleuse haben das Vertrauen in den Hafen und die Zuverlässigkeit der Binnenschifffahrt insgesamt geschwächt. Hier muss die Kommunikation zwischen dem zuständigen Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt des Bundes und dem Hafen deutlich verbessert werden.

... ist laut den Aussagen des Bundesamtes zurzeit nicht wirtschaftlich darstellbar. Wenn es jedoch gelingen soll, zukünftig deutlich mehr Güter von der Straße aufs Schiff zu verlagern, muss auch die Infrastruktur entsprechend mitwachsen und ein möglichst durchgängiger Betrieb von Binnenhäfen gewährleistet sein. Eine zweite Schleuse könnte dazu beitragen, diesem Ziel näherzukommen.



... kann einen erheblichen Beitrag dazu leisten, mehr LKW-Tonnen auf das umweltfreundlichere Schiff zu bringen und entlastet damit gleichzeitig die Stau geprägten Hauptverkehrsadern. Voraussetzung dazu ist allerdings der funktionale Zustand aller Schifffahrtswege. Zudem brauchen die in den Häfen ansässigen Firmen Verlässlichkeit, um ihre Investitionen auch langfristig planen zu können.

... als größter Kanalhafen Europas diente früher hauptsächlich dem Kohlehandel, wird in heutiger Zeit aber immer mehr als Umschlagplatz von Chemiegütern genutzt; gerade der Transport von Gefahrgütern und besonders sperrigen Gütern stellt eine perfekte Alternative zum Transport auf Straßen dar. Ganz wesentlich ist auch seine Bedeutung als Wirtschaftsstandort sowie als Sport- und Freizeitzentrum.

... gehört wie alle anderen Schleusen im westdeutschen Kanalnetz zu unseren Sorgenkindern. Jedoch sollte Priorität auf den sechs Schleusen des Wesel-Datteln-Kanals liegen. Sollte eine dieser Schleusen ausfallen, können weder der Raum Hamm, das Industriegebiet Marl noch der Dortmunder Hafen angefahren werden. Hier ist es wichtig, die richtigen Prioritäten im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit zu setzen.

... erachten wir in Anbetracht von chronischen Engpässen an Mitteln sowie dem Defizit von Planern und Ingenieuren als zurzeit nicht realisierbar. Eine überlegenswerte Alternative wäre es, Ersatzschleusen-Tore in unmittelbarer Nähe zu lagern – bei einem Totalausfall könnten diese innerhalb weniger Wochen verbaut werden und die Funktionalität der Schleuse sicherstellen.

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Gute Lehrer schneller an die Schulen bringen

Eine bessere Lehrkräfteversorgung ist der CDU-Landtagsfraktion ein Kernanliegen. Seit dem Regierungswechsel 2017 wurden mehr als 400 Gymnasial- und Gesamtschullehrer für die

Arbeit an Grundschulen gewonnen. Dort war der Mangel besonders groß. Mehr als 1.000 Pensionäre blieben im Schuldienst. Rund 2.700 Seiteneinsteiger wurden für alle Schulformen gewonnen. Vor allem aber müssen wir neue Lehrerinnen und Lehrer ausbilden. Landesregierung und Hochschulen haben deshalb eine Studienplatz-Offensive vereinbart und schaffen so 1.000 zusätzliche Plätze für die Lehrkräfte der Zukunft. CDU und FDP haben im September-Plenum einen Antrag eingebracht, um genau diese Lehrerausbildung nun passgenau fortzuent-

wickeln. Leistungsstarke Studierende sollen so beraten und gefördert werden, dass sie schneller zum Abschluss gelangen und schneller die Kinder unterrichten können. Die Vorverlegung von Prüfungsterminen sowie die Anrechnung von schulischer Vorerfahrung sind dafür wichtige Stellschrauben. Zudem soll die Landesregierung prüfen, ob in besonders benötigten Lehrämtern zweisemestrige Ergänzungsstudiengänge angeboten werden können. Unser Ziel ist: Wir brauchen gut ausgebildete und motivierte Lehrkräfte – und wir brauchen sie so schnell wie möglich.



Glosse: André Stinka über Political Animals

Sobald es um Tiere geht, schlagen Emotionen Wellen. Es wird dann schnell politisch. So geschehen in den vergangenen Wochen, als online der Ratsschlag trendete: Mach was mit Tieren.

Der Bundesvorsitzende der Grünen, Robert Habeck, brachte den Gaul ans Laufen, als er sich spontan für ein Selfie unter zwei in der Gegend stehende Pferde legte. Die Pferde hatten nichts dagegen, doch der Kampf um die mediale Deutungshoheit war voll entbrannt. Die einen witzelten. Die anderen hielten dagegen und verwiesen auf ähnliche Fotos von Doro Bär.

Tiere und Politik – das ist in der Tat parteiübergreifendes Thema, bei dem man Gewinner oder Verlierer sein kann. So bekam der ehema-



André Stinka ist umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

lige Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion in seinen Anfangsjahren den Spitznamen eines berühmten jungen Zeichentrickfilm-Rehs verpasst. Gepasst hat ihm diese tierische Gemeinschaft natürlich nicht. Im vergangenen Jahr hat er konsequenterweise seinen Jagdschein gemacht.

Nun stehen im Beliebtheitsranking der meisten anderen Menschen Rehkitze weit oben, weshalb unsere PR-Abteilung direkt abwinkt, wenn ich versuche, das Thema Wildverbiss an die Öffentlichkeit zu bringen. Wir sollten lieber mal was gegen Kanadagänse machen. Die könne keiner leiden.

Eine bekannte Presseagentur hat eine solche „Logik“ vollends verinnerlicht und bedient die Redaktionen neuerdings regelmäßig mit Tier-

nachrichten. So erfährt man in NRW, dass eine Nachrichtenmoderatorin aus Hamburg neuerdings Hühner im Garten hat. Klicks, Klicks, Klicks – Tiere sind Garanten dafür.

Das hat gute Gründe. Wer sich an solchen Geschichten erfreuen kann, ist selbst häufig lebensfroh. Auch deshalb bereitet uns die Arbeit im Umweltausschuss des Landtags so viel Freude.

Nicht alle Tierdiskussionen sind amüsant. Mehr als 40.000 Tiere, Pflanzen und Pilze leben in NRW. Fast die Hälfte von ihnen ist gefährdet und damit unser ganz natürliches Zusammenleben. Insofern sind Tierselfies immer eine Forderung an uns selbst. Wir wollen auch in Zukunft noch darüber lachen können.



Die Zukunft der beruflichen Bildung – FDP-Landtagsfraktion stellt Studie vor

Immer mehr Ausbildungsplätze in NRW bleiben unbesetzt, gleichzeitig bilden weniger Betriebe aus. Dadurch steigt nicht nur der Fachkräftemangel, sondern der Wirtschaftsstandort NRW leidet langfristig. „Wir wollen das ändern, indem wir die Berufsausbildung attraktiver gestalten und junge Menschen wieder für Ausbil-



dungsberufe begeistern“, erklärt Ralph Bombis, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Die Fraktion hat daher eine Studie beim Handelsblatt Research Institute in Auftrag gegeben, um die Chancen, Herausforderungen und Potenziale für die Zukunft der beruflichen Bildung zu beleuchten.

Um den Stellenwert der beruflichen Bildung zu verbessern, identifiziert die Studie mehrere Handlungsfelder: die Durchlässigkeit im Bildungssystem, die Angleichung der Rahmenbedingungen und die Verbesserung der öffentlichen Wertschätzung der beruflichen Ausbildung.

Bei den Rahmenbedingungen kann die Politik direkt ansetzen. „Mit dem Azubiticket ist damit schon ein Schritt geschafft. Weitere Vorschläge sind: Ausbau der Angebote für Auslandsaufenthalte und eine Entlastung bei den

Sozialversicherungsbeiträgen und der Krankenversicherung für Azubis“, erklärt Martina Hannen, die Sprecherin für schulische Berufs- und Weiterbildung der FDP-Landtagsfraktion.

Zudem müsse stärker informiert werden, welche Perspektiven eine Ausbildung bietet. „Durch Weiterbildungen, einen Wechsel zwischen den Ausbildungssystemen oder ein aufbauendes Hochschulstudium sind praktisch vielfältige Aufstiegsmöglichkeiten denkbar“, erklärt Daniela Beihl, hochschulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion.



Fraktion vor Ort: Klimagestresste Wälder – nachhaltige Waldpolitik notwendig

Die Auswirkungen des Klimawandels zeigen sich in unseren Wäldern immer deutlicher. Stürme, die lang anhaltende Hitze und besonders der ausbleibende Niederschlag haben ihre Spuren hinterlassen. Längst leiden darunter nicht nur die anfälligen Fichtenmonokulturen. Um sich über die aktuelle Situation einen Eindruck vor Ort zu verschaffen, haben unsere Abgeordneten kürzlich auf einer Exkursion einen Wald im Kreis Mettmann besucht. Dort stehen bis zu 140 Jahre alte Buchen, davon viele absterbend. Dabei galt diese Baumart bislang als klimastabil. „Wie auch bei unserem letzten Waldbesuch bin ich tief bestürzt zu sehen, wie schlecht es unseren Wäldern geht. Bäume sind unsere stärksten Verbündeten gegen den Klimawandel, hier müssen wir dringend handeln“, so die Fraktionsvorsitzende Monika Düker.



Marc Redemann von der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt begleitete die Exkursion und erklärte dabei den Prozess der Naturverjüngung, der als Selbsterneuerung des Waldes essentiell für eine nachhaltige Wie-

derbewaldung ist. Nötig ist dafür ein naturverträglicher Wildbestand.

Thematisiert wurde auch die Umstellung im Bereich der Holzvermarktung, welche die Forstwirtschaft, insbesondere die oftmals ehrenamtlich geführten Forstbetriebsgemeinschaften, in der aktuellen Krisensituation zusätzlich belastet. Die Landesregierung hat zwar einen zeitlichen Aufschub gewährt, die Forstwirtschaft fordert jedoch mehr als nur ein Jahr Zeit.



Aufatmen an NRWs Schulen

Lange hat der Landtag vielen der unmittelbaren Folgen der Corona-Krise getrotzt, doch nun gilt auch hier die Empfehlung, eine Schutzmaske zu tragen. So richtig durchdacht ist diese Maßnahme, wie auch andernorts, nicht, denn weder an die Beschaffenheit der Maske selbst werden nennenswerte Anforderungen gestellt, noch folgen die Vorgaben, wann und wo sie getragen werden muss und wo nicht, einer erkennbaren Logik. Die AfD-Fraktion beachtet die Trage-Empfehlung selbstverständlich trotzdem, schon aus Respekt vor den Menschen, die sich ernsthafte Sorgen vor Ansteckung machen. Gleichzeitig formuliert sie aber auch ihre Skep-



sis über die Verhältnismäßigkeit vieler Corona-Maßnahmen. Würde man überhaupt etwas mitbekommen von der „Seuche“, wenn die Medien nicht unermüdlich darüber berichteten? In der Liste der Todesursachen rangiert Covid-19 jedenfalls unter „ferner liefen“. Und während die Schutzwirkung der üblicherweise verwendeten Alltagsmasken höchst umstritten ist, herrscht über ihre in vielen Situationen einschränkenden Auswirkungen – u.a. beim konzentrierten Arbeiten oder Lernen – durchaus Einigkeit. Dies war der Hauptgrund für einen Antrag der AfD-Fraktion, den Maskenzwang in Schulen wieder aufzuheben. In der Plenardebatte darüber verur-

teilten die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen diesen Antrag als „sinnlos, nutzlos, inhaltsleer und politisch unverantwortlich“. Die CDU fand ihn „lebensgefährdend“, die Grünen warfen der AfD gar vor, „Gift in die Adern der Demokratie“ spritzen zu wollen. 24 Stunden später wurde dieser angeblich inhaltsleere und lebensgefährdende Antrag dann doch von der Landesregierung praktisch 1:1 umgesetzt. Es sind diese Momente, in denen wir froh und auch ein wenig stolz sind, etwas Positives für die Bürger in NRW beitragen zu können.





AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Foto: Schälte

NRW und Europa

4.9.2020 – Die Landesregierung hat im Ausschuss für Europa und Internationales ihre Europapolitischen Prioritäten 2020 vorgestellt (Vorlage [17/3533](#)). Der von [Dr. Stephan Holthoff-Pförtner](#) (CDU), Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales, präsentierte Bericht nennt insgesamt zehn Schwerpunkte. Dazu gehören u. a. die europäische Zusammenarbeit auch in Krisenzeiten, der Mehrjährige Finanzrahmen, der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union sowie die Bewahrung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa. Als weitere Prioritäten nennt der Bericht Klima, Umweltschutz und Energie, den Ausbau des grenzüberschreitenden Verkehrs, Digitalisierung, Innere Sicherheit, außerdem den europäischen Austausch von Bürgerinnen und Bürgern. [Rüdiger Weiß](#) (SPD) hatte etliche Detailfragen und vermisste das Thema „Soziale Rechte“ in der Prioritätenliste. [Johannes Rimmel](#) (Grüne) kritisierte „eine gewisse Halbherzigkeit an manchen Stellen“, zudem komme die Handelspolitik nur „nachgeordnet“ vor. Die Landesregierung setze die „richtigen Prioritäten“, sagte [Oliver Krauß](#) (CDU) und mahnte eine „sachliche Debatte“ an.

Corona und Schulen

9.9.2020 – In einer Aktuellen Viertelstunde hat sich der Ausschuss für Schule und Bildung mit bisherigen Corona-Maßnahmen der Landesregierung sowie der Belüftung von Räumen in Schulen befasst. Entgegen den Ratschlägen der Opposition hätten Schülerinnen und Schüler im Frühjahr ihr Abitur machen können, sagte Schulministerin [Yvonne Gebauer](#) (FDP). Aktuell werde in rund 98 Prozent der Schulen regulär unterrichtet, nur drei Schulen seien vollständig geschlossen. Laut einer Abfrage bestünden an rund 10 Prozent aller Schulen Probleme mit der Belüftungssituation; wobei jeweils nur jeder zehnte Unterrichtsraum betroffen sei. Demnach könnten die Fenster in rund 1 Prozent

aller Unterrichtsräume nicht ausreichend zur Lüftung genutzt werden. [Jochen Ott](#) (SPD) kritisierte, die Landesregierung betreibe ein „Pokerspiel“ und gebe Lehrerinnen und Lehrern keinen „Stufenplan“ zur Hand, wie im Fall von Corona-Infektionen zu reagieren sei. Verantwortung werde an Schulen delegiert. [Sigrid Beer](#) (Grüne) äußerte Zweifel daran, dass nur bei 1 Prozent der Räume Probleme mit der Belüftung bestünden. Zudem müssten Lösungen her, damit Schülerinnen und Schüler bald nicht „mit Winterjacke“ bei geöffnetem Fenster in Klassenräumen saßen. Laut [Helmut Seifen](#) (AfD) rechtfertigen die aktuellen Infektionszahlen nicht, den Unterricht weiter einzuschränken. [Frank Rock](#) (CDU) kritisierte, SPD und Grüne trieben mit ihren Vorwürfen „Verunsicherung ins Land“ und hätten den Zahlen der Schulministerin nichts entgegenzusetzen. [Franziska Müller-Rech](#) (FDP) warf den Grünen vor, Schülerinnen und Schüler im Frühjahr „aufgehetzt“ und Ängste geschürt zu haben, um Abiturprüfungen auszusetzen.

Branchen in der Krise

9.9.2020 – Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung hat sich erneut mit den Auswirkungen der Corona-Krise auf Unternehmen in Nordrhein-Westfalen befasst. In der Debatte ging es u. a. um die Tourismus-, Schausteller- und Veranstaltungsbranche. Insgesamt werde gegenwärtig erwartet, dass sich die Wirtschaft von den Folgen des „Corona-Shutdowns“ erholen werde, teilte die Landesregierung mit. Für die Tourismuswirtschaft gelte dies jedoch „nur mit Einschränkungen“, heißt es in einem schriftlichen Bericht (Vorlage [17/3820](#)). Eine konkrete Einschätzung, wie viele Arbeitsplätze verloren gingen, sei derzeit aber nicht möglich. Über die Situation in seiner Branche sprach Albert Ritter, der Präsident des Deutschen Schaustellerbundes. Viele Betriebe erzielten seit den Weihnachtsmärkten 2019 keine Einnahmen, sagte Ritter. Mit Krediten sei den Schaustellerinnen und Schaustellern nicht geholfen. Erforderlich seien „echte Fördergelder“. Wichtig sei

zudem, dass die Weihnachtsmärkte in diesem Jahr stattfinden können. Stephan Haida, Inhaber eines Event- und Messebauunternehmens, schilderte die Situation in der Veranstaltungsbranche. Er sprach von „Perspektivlosigkeit“, die fehlende Planungssicherheit sei lähmend. Etliche Firmen hätten Umsatzeinbußen zwischen 80 und 100 Prozent.

Kulturgesetzbuch

10.9.2020 – Der Ausschuss für Kultur und Medien hat über die Eckpunkte der Landesregierung für ein sogenanntes Kulturgesetzbuch (Vorlage [17/3619](#)) beraten. Ziel ist den Angaben zufolge, alle für Kunst und Kultur relevanten Rechtsvorschriften in einem eigenen Gesetzbuch „übersichtlich und transparent“ zusammenzufassen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, [Klaus Kaiser](#) (CDU), betonte, es handle sich um ein kulturpolitisches Großprojekt. Nordrhein-Westfalen sei Vorreiter, da es ein solches Kulturgesetzbuch in keinem anderen Bundesland gebe. Ziele seien u. a., Kunst und Kultur abzusichern und neue Kooperationsformen zu fördern. Auch sollten Förderverfahren vereinfacht werden, um insbesondere ehrenamtlich Tätige in Kunst und Kultur sowie freies Engagement zu unterstützen. Kaiser sagte dem Ausschuss zu, dass es ausreichend Zeit für eine parlamentarische Beratung zum geplanten Kulturgesetzbuch geben solle. Es solle zum 1. Januar 2022 in Kraft treten. Für die SPD-Fraktion begrüßte [Andreas Bialas](#) das Vorhaben grundsätzlich. Man sei „offen für einen gemeinsamen Weg“. Er mahnte aber u. a. an, Landtag und Verbände frühzeitig zu beteiligen. [Lorenz Deutsch](#) (FDP) bedankte sich bei der Landesregierung für die Eckpunkte. Auf diese Weise könnten Fragen frühzeitig beraten werden. Dank äußerte auch [Dr. Stefan Nacke](#) für die CDU-Fraktion. Das Kulturgesetzbuch sei ein „deutschlandweites Pionierprojekt“ und stelle einen Qualitätssprung in der Kulturpolitik dar. [Gabriele Walger-Demolsky](#) kritisierte für die AfD-Fraktion, dass die Eckpunkte zum Thema Musikschulen „enttäuschend“ seien.

Porträt: Dr. Stefan Nacke (CDU)



Ein halbes Jahr nach dem ersten Corona-Fall in Nordrhein-Westfalen gibt Dr. Stefan Nacke, CDU-Landtagsabgeordneter aus Münster, den Menschen in unserem Land für ihr besonnenes Verhalten in der Zeit der Pandemie die Note „sehr gut“. Die überwältigende Mehrheit habe sich an Abstandsregeln und die Maskenpflicht gehalten, auch die Kontrollen im öffentlichen Nahverkehr hätten gezeigt, dass sich die Menschen an die Gebote hielten. Die Bestnote erteilt Nacke auch der Landesregierung und Ministerpräsident Armin Laschet (CDU). Er hält ihnen besonders zugute, dass die Grenzen zu den Nachbarländern Niederlande und Belgien nicht geschlossen worden seien, dass das Land unaufgeregt, offen und liberal vorgegangen sei. „Es ging nicht um Politik für die Schlagzeile“, sagt er mit einem etwas spöttischen Blick in Richtung München. Nacke glaubt nicht, dass sich die Bedrohung durch die Krankheit in naher Zukunft auflöse: „Wir müssen lernen, mit dem Virus zu leben.“ Ihm persönlich ist es am wichtigsten, dass unter keinen Umständen noch einmal Schulen, Kindergärten und Spielplätze in Nordrhein-Westfalen geschlossen werden.

Nacke kann den Einschränkungen, denen er wie nahezu alle Menschen im Land in den letzten Monaten unterworfen war, sogar etwas Positives abgewinnen: „Ich habe noch nie so viel Zeit mit meiner Familie verbracht.“ Profitiert habe davon vor allem der neunjährige Sohn, mit dem Papa stundenlang an der Werkbank im Keller basteln konnte. Alle hätten sich Mühe gegeben, um konstruktive Arbeitsabläufe zu gewährleisten, meint Nacke. In Videokonferenzen seien Absprachen und Informations-

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Dr. Stefan Nacke (CDU). Der 44-jährige promovierte Soziologe ist Sprecher seiner Fraktion für Wissenschafts- und Kulturpolitik.

austausch zwar kein großes Problem, schwierig werde es bei kreativen Prozessen. Da ist in seinen Augen die direkte, persönliche Begegnung unverzichtbar.

Wenn Nacke auf seine Familie und sich selbst blickt, sieht er darin ein exemplarisches Bild für das Aufsteigerland NRW. Seine Eltern waren zunächst Textilarbeiter bzw. Sekretärin, konnten dann über den zweiten Bildungsweg doch zur Uni und arbeiteten anschließend in der katholischen Erwachsenenbildung und im kirchlichen Dienst. Schon aus diesem Grund fühlt sich der 44-jährige Parlamentarier dem Sozialkatholizismus verpflichtet. Er selbst hat Theologie, Philosophie und Soziologie studiert, im Zentrum stand für ihn dabei besonders die katholische Soziallehre. Nicht zuletzt unter dem Einfluss des Vaters schloss sich Nacke schon früh den Sozialausschüssen der CDU an. Als er als 22-jähriger stellvertretender Kreisvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) – so die offizielle Bezeichnung der Sozialausschüsse – werden wollte, trat er auch der Partei bei.

Direktmandat in Münster

Seinen Wohnsitz und Lebensmittelpunkt Münster behielt Nacke, als er an der Universität Bielefeld promovierte und anschließend beim Familienbund in Berlin und als Abteilungsleiter für Politik, Wirtschaft und Soziales im Ruhrbistum Essen arbeitete. 2016 kündigte der damalige Münsteraner Landtagsabgeordnete Thomas Sternberg an, nicht mehr zu kandidieren. Nacke gewann 2017 das Direktmandat im Wahlkreis Münster II. Rasch avancierte er im Landtag zum Sprecher seiner Partei für Wissenschaftspolitik, wie er findet, die spannendste Aufgabe im Landesparlament. Dabei steht er in ständigem Kontakt mit Rektoren, Kanzlern, Personalräten und nicht zuletzt mit den Studenten und kümmert sich um den zweitgrößten Einzelposten im Haushalt. Als stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses sorgt er sich um die vielen Künstler, die durch die Corona-Krise plötzlich ohne Einnahmen sind, Musiker, Sänger und Schauspieler an erster Stelle. Ihm schwebt vor, dass die Künstlersozialkasse, die sich bereits jetzt um die Krankenversicherung und Altersvorsorge kümmert, künftig auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit hilft, ein – wie Na-

cke klar ist – überaus schwieriges und kompliziertes Unterfangen.

Eine ganz klare Position vertritt Nacke in der Frage, wer künftig seine Partei, die CDU, führen soll: In seinen Augen kommt nur Armin Laschet, derzeit Ministerpräsident in NRW und stellvertretender Parteichef, für diese Aufgabe in Frage. Laschet habe die Düsseldorfer Regierung geräuschlos durch die Krise geführt, habe Verständnis für soziale und wirtschaftliche Probleme, habe immer die europäische Perspektive im Blick. Dabei sieht er den möglichen Weggang Laschets nach Berlin mit einem lachenden und einem weinenden Auge: „Die Landesregierung lebt von einem starken Ministerpräsidenten. Hier in Düsseldorf wird er fehlen.“

Peter Jansen

Zur Person

Dr. Stefan Nacke (44) stammt aus Münster. Er ist verheiratet und hat ein Kind. Nacke ist Mitglied im Bundesfachausschuss „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der CDU Deutschlands und seit 2017 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Er ist Vorsitzender der Enquetekommission III „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ und Landesvorsitzender des Kolpingwerkes NRW.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

„Die Gesellschaft der Singularitäten“ von Andreas Reckwitz finde ich sehr hilfreich zum Verständnis aktueller politischer Debatten.

Welche Musik hören Sie gerne?

Ich bin ein Jazzfan, verpasse nie das Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker, kann aber auch einfach Stille genießen.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Meine Liebingsalami.

Ihr liebstes Reiseziel?

Die Felsen, Pisten und Gassen Südtirols, die Strände und Dünen Texels und die Zeltplätze Nordspaniens.

Kurz notiert

Generalkonsul

Kiminori Iwama ist seit Januar Generalkonsul Japans in Düsseldorf. Am 16. September 2020 besuchte er den Landtag und wurde von Präsident André Kuper empfangen. Der Antrittsbesuch hatte sich wegen der Corona-Pandemie verzögert. Der Präsident betonte: „Mehr als sechs Jahrzehnte pflegen Nordrhein-Westfalen und Japan enge Kontakte im gesellschaftlichen und kulturellen Bereich, vor allem wirtschaftlich haben sich diese Beziehungen in der Vergangenheit zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Das Ergebnis sind Freundschaften, Kooperationen und Innovationen, die besonders in schweren Zeiten wie diesen wichtig sind, um die Krise gemeinsam zu überstehen und die Verbundenheit zueinander auch zukünftig intensivieren und auszubauen zu können.“

25 Jahre im Landtag

Karl Schultheis ist seit 25 Jahren Mitglied des Landtags. Präsident André Kuper gratulierte dem SPD-Politiker aus Aachen Mitte September „zu diesem besonderen Jubiläum, das nur wenige Abgeordnete in der Zeit ihres landespolitischen Engagements“ erreichten. Kuper dankte dem 67-Jährigen für dessen Arbeit im Parlament, „die immer auch ein bedeutender Einsatz für unsere parlamentarische Demokratie in Nordrhein-Westfalen war und weiterhin bleibt“. Schultheis ist in der laufenden 17. Wahlperiode u.a. Mitglied im Wissenschaftsausschuss, im Ausschuss für Kultur und Medien sowie im Petitionsausschuss.

Flandern

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 15. September 2020 den neuen Generaldelegierten der belgischen Region Flandern, Nic Van der Marliere, empfangen. Er ist der Vertreter der flämischen Regierung in Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland. Kuper betonte: „Flandern und Nordrhein-Westfalen ähneln sich in demografischer und wirtschaftlicher Hinsicht und stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Wir pflegen mit dieser starken Region im Herzen Europas seit Jahrzehnten ein enges wirtschaftliches und freundschaftliches Verhältnis.“ Thema des Gesprächs war u.a. der für November geplante Besuch des Ministerpräsidenten der Flämischen Regierung, Jan Jambon.

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 13. Oktober 2020.



Kunst grenzenlos

Der Landtag zeigt bis zum 1. Oktober 2020 die Wanderausstellung „Kunst grenzenlos“ der Malteser Werke. Zu sehen sind 25 Grafiken und Gemälde von zwölf Künstlerinnen und Künstlern aus Afghanistan, Somalia, Syrien, dem Iran und der Ukraine, die in kommunalen Einrichtungen oder Landeseinrichtungen für geflüchtete Menschen der Malteser wohnen oder gewohnt haben. In ihren Bildern verarbeiten die Künstlerinnen und Künstler ihre Erfahrungen, die sie in ihren Heimatländern, auf der Flucht und in Deutschland gemacht haben. Eröffnet wurde die Ausstellung vom Präsidenten des Landtags, André Kuper (Bild unten Mitte), im Beisein von Vizepräsidentin Carina Gödecke (r.), Vizepräsident Oliver Keymis (2.v.l.), Andreas Bothe (2.v.r.), Staatssekretär im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, und Sebastian Schilgen (l.), Geschäftsführer der Malteser Werke. Der kostenfreie Besuch für Gruppen bis zu neun Personen ist samstags und sonntags möglich. Anmeldung unter Telefon (0211) 884-2302 oder per E-Mail an besucherdienst@landtag.nrw.de.



Fotos: Schälte